

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Er scheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Aufgaben und Befugnisse der Baudelegierten

Wenn die Arbeiterschaft heute noch immer nicht ihre volle gleichberechtigte Eingliederung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gefunden hat, so liegt zweifellos ein großer Teil Schuld daran bei der Arbeiterschaft selbst. Wir haben Gesetze, die die größten Möglichkeiten für sie bieten. Aber die Gesetze sind nutzlos, wenn die Arbeiterschaft nicht vom Geist jener Gesetze erfüllt ist und danach handelt. Einrichtungen wie Betriebsrat, Reichswirtschaftsrat, Arbeitsgericht, Arbeitsnachweise, Arbeitslosenversicherung gehen davon aus, daß die Arbeiterschaft bereit und fähig ist, Mitträger der Wirtschaft zu sein.

Nun haben sich gerade jene Kreise der deutschen Arbeiter, die 1918 Träger der Revolution waren und eine Neuordnung zu schaffen versprochen, völlig unfähig gezeigt, diese wirklich herbeizuführen. Den sozialistischen Massen war jahrzehntelang der Klassenkampf gepredigt worden. So mußten sie versagen, als die neue Zeit sie zu positiven Arbeiten berief. Die Aufgaben konnten und können nur von einer Arbeiterschaft gelöst werden, die frei ist von aller Klassenkämpferischen Ideologie und die, getragen von voller Verantwortung für das Volksganze, den Willen hat zur Neugestaltung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, die auf der vollen verantwortlichen Mitarbeit aller Teile beruht. Der Arbeiterschaft war bisher die verantwortliche Mitarbeit versagt. Sie zu erringen, ist daher erste und höchste Aufgabe. Es geht dabei nicht nur um den eigenen Stand, sondern um das ganze Volk. Je mehr die Arbeiterschaft von dieser Berufung erfüllt und durchdrungen ist, desto eher wird sie ihr Ziel erreichen. Dafür kann kein Opfer zu groß sein.

Die christlichen Arbeiter haben sich stets vom Klassenkampfgedanken ferngehalten. Aber sehr vielen ist doch ihre Aufgabe noch nicht recht klar geworden, oder sie nehmen sie noch nicht ernst genug. Sonst könnte es ja doch nicht sein, daß so viele noch der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die die Erreichung dieser Ziele sich zur Aufgabe gestellt hat, uninteressiert gegenüberstehen. Aber auch viele Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mühen sich noch zu wenig um diese Dinge. Sie meinen vielleicht, die Gewerkschaft werde das schon machen. Eine Organisation ist jedoch nur stark, wenn alle Mitglieder an ihren Ideen und Aufgaben lebendig Anteil nehmen. Jeder einzelne muß sich daher geistig das zu eigen machen, was ihm heute schon die Gesetze an Möglichkeiten bieten. Dazu gehört vor allem die Vertrautheit mit dem Betriebsratsgesetz, weil gerade dieses Gesetz die einzelnen Arbeiter am unmittelbarsten angeht.

Nun haben es die Bauarbeiter allerdings am schwersten, sich in ihre neuen Aufgaben als Baudelegierte einzuarbeiten. Sie haben ihr Amt meistens nur kurze Zeit inne, da die Arbeitsstelle, an die das Baudelegiertenamt gebunden ist, häufig wechselt. Kaum bleibt ihnen Zeit, sich in die jeweilige besonderen Verhältnisse jeder Arbeitsstelle einzuarbeiten, dann müssen sie schon wieder wandern. Um so mehr müssen die Bauarbeiter darauf bedacht sein, nur solche als Delegierte zu wählen, die bereits mit ihren allgemeinen Aufgaben vertraut sind, so daß sie nur einer kurzen Zeit der Orientierung über die besonderen Verhältnisse der einzelnen Arbeitsstelle bedürfen, um ihr Amt voll ausfüllen zu können. Jeder einzelne Bauarbeiter muß aber so weit über Rechte und Pflichten der Delegierten unterrichtet sein, daß er jederzeit als Delegierter wirklich tätig werden kann.

Über Ernennung der Delegierten und ihre Geschäftsführung unterrichten die in Kürze herauskommenden Richtlinien. Uns kommt es an dieser Stelle darauf an, in die Rechte und Pflichten der Baudelegierten kurz einzuführen. Sie ergeben sich aus dem Reichstarifvertrag für das Baugewerbe vom 30. März 1927 (solange der R.T.V. noch nicht für allgemeinverbindlich erklärt ist, gilt noch die für allgemeinverbindlich erklärte Vereinbarung

über die Betriebsvertretung im Baugewerbe vom 9. Oktober 1924 mit ihrer verbesserten Abänderungsvereinbarung vom 27. August 1926), aus dem Betriebsratsgesetz, dem Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung vom 5. Februar 1921 und dem Gesetz über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vom 15. Februar 1922.

Der Reichstarifvertrag sagt über die Aufgaben und Befugnisse:

Die Delegierten haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen. Insbesondere haben sie in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter darüber zu wachen, daß auf der Arbeitsstelle der Lohn- und Arbeitstarif durchgeführt wird. Es liegt ihnen ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft, sowie zwischen dieser und dem Arbeitgeber zu fördern. Außerdem haben sie gemeinsam mit dem Arbeitgeber oder seinem Stellvertreter ihr Augenmerk auf die Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren auf der Arbeitsstelle zu richten und die Gewerbeaufsichtsbeamten und andere in Betracht kommende Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen.

Über diese im Reichstarifvertrag aufgeführten Aufgaben und Befugnisse hinaus ergeben sich aus dem Betriebsratsgesetz das Recht der Mitbestimmung der Arbeitsverhältnisse, das Mitberatungsrecht bei Einführung neuer Arbeitsmethoden, das Recht der Einsicht in die Betriebsbilanz, und das Recht der Vertretung im Aufsichtsrat. Jedes dieser Rechte bedeutet gleichzeitig eine Aufgabe. Was ist darüber im einzelnen zu sagen?

Erste Pflicht ist natürlich die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter. Alle Vorgänge auf der Arbeitsstelle sind sorgsam zu verfolgen, insbesondere das Verhältnis unter den Arbeitern selbst und zwischen Arbeitgebern und Vorgesetzten und Arbeitern. — Die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge bedarf besonderer Beachtung. Bei etwaigen Beschwerden muß der Tatbestand gründlich untersucht und dann der Versuch gemacht werden, durch Verhandlungen mit dem Arbeitgeber oder dem Aufsichtsführenden Wandel zu schaffen. Kommt keine Einigung zustande, so ist, falls nicht die Angelegenheit einen Verstoß gegen den Tarifvertrag bedeutet, oder die Gesamtheit der Arbeiter oder eine Gruppe angeht, nur noch eine Klage beim zuständigen Gericht möglich. Bei Streitigkeiten, die die Gesamtheit betreffen, oder die sich aus der Durchführung des Reichstarifvertrags oder der Bezirkstarifverträge ergeben, entscheidet die tarifliche Schlichtungskommission.

Die Delegierten haben die Durchführung der Tarifverträge sorgfältig zu überwachen. Sie können zu diesem Zwecke vom Arbeitgeber verlangen, daß er ihnen, soweit dadurch keine Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gefährdet werden, über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeiter berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß gibt und die Lohnbücher und die zur Durchführung von bestehenden Tarifverträgen erforderlichen Unterlagen vorlegt. Aufschluß kann nur verlangt werden, soweit es im gegebenen Fall notwendig ist. In Frage kommen außer der Vorlegung der Lohnbücher etwa Nachweisungen über geleistete Überarbeit, über Urlaubsberechtigungen. Verlangt werden kann auch ein mündlicher oder schriftlicher Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens.

Bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere bei Festlegung oder Änderung der Arbeitsordnung haben die Delegierten das Mitbestimmungsrecht. Der Arbeitgeber muß den Entwurf der Arbeitsordnung, soweit die Bestimmungen nicht schon im Reichstarifvertrag enthalten sind, den Delegierten vorlegen. Kommt über den Entwurf eine Einigung nicht zustande, so können beide Teile den staatlichen Schlichtungsausschuss an-

rufen, dessen Entscheidung bindend ist. Etwaige Strafen, die gemäß der Gewerbeordnung zulässig sind, können nur mit Einwilligung der Delegierten festgesetzt werden. In Streitfällen entscheidet in solchen Fällen das Arbeitsgericht. — Bei Einführung neuer Arbeitsmethoden haben die Delegierten das Recht zur Mitberatung. (Schluß folgt.)

## Warum brauchen wir eine Jugendbewegung?

Unsere älteren Kollegen, die vor bald 30 Jahren den christlichen Bauarbeiterverband schufen, waren zum größten Teil Männer in noch verhältnismäßig jungem Alter. Die Arbeiterbewegung stand zur damaligen Zeit noch in den Anfängen, aber auch heute ist sie noch nicht vollendet, denn 25 Jahre bedeuten in der Geschichte einer Bewegung nicht allzu viel. Noch ist erst der Boden geebnet, die Bewegung muß weiter ausgebaut werden.

So betrachtet, fehlt der gesamten Arbeiterbewegung die Tradition. Es war bei der Gründung nichts vorhanden, was unsere alten Kollegen hätten übernehmen können. Sie waren auf sich selbst angewiesen, mußten schöpferisch tätig sein. Das hatte für die alten Kollegen das Gute, daß sie bis ins Kleinste in die Bewegung hineindrangen. Sie wuchsen organisch mit der Bewegung.

Die alten Führer sind auch heute noch in großem Maße die Träger der Arbeiterbewegung. Noch stehen sie voll und ganz ihren Mann im Kampfe um die Sache der Arbeiterschaft. Aber es kommt eine Zeit, wo die alten Kämpfer und Gründer nicht mehr da sein werden. Und da müssen wir uns doch einmal ernstlich die Frage vorlegen, ob wir in der jüngeren Generation genügend Vorarbeit geleistet haben, um die alten Führer ersetzen zu können.

In dem jungen Geschlecht sind gewiß befähigte Menschen vorhanden, welche das angefangene Werk vollenden könnten, jedoch fehlt es ihnen an der nötigen Erfahrung und genügenden Ausbildung für eine solche Aufgabe. Wollen wir dieser Tatsache gerecht werden, so ist es notwendig, daß wir die jungen Kollegen von früherer Jugend an mit den Grundgedanken unserer Bewegung vertraut machen. Wir müssen der Gewinnung der Jugend mehr Aufmerksamkeit schenken, als es bis heute geschehen ist, und möglichst viele junge Arbeits- und Berufskollegen dem Verbande zuführen.

Dadurch aber, daß wir die Jungen der Gewerkschaft zuführen, ist natürlich die Arbeit noch nicht getan. Wir müssen dafür sorgen, daß sie ganze Menschen werden, d. h. ihren Beruf gut verstehen und durch ihren Beruf sich Achtung im Leben erwerben. Zwar gibt es Berufs- und Fortbildungsschulen, die in der Lage sind, dem Lehrling manchen Wissenswerte für den Beruf zu vermitteln; wir müssen aber noch weiter den jungen Menschen Gelegenheit geben, sich fortzubilden. Wir müssen Bindglieder werden zwischen Schule und Arbeitsstelle. Die theoretisch gebildeten Lehrer der Schule können selbstverständlich nicht wissen, wie es praktisch auf der Baustelle zugeht. Hier müßten die alten Praktiker selbst einspringen und das Fehlende ersetzen. Das wäre sehr gut möglich durch eine bessere Ausgestaltung unserer Versammlungen und besonders unserer Jugendversammlungen. Manchen Fingerzeig für das Weiterkommen des jungen Menschen könnte hier gegeben, manches Praktische aus dem Beruf gepflückt werden.

Die Arbeit an der Jugend muß aber noch weiter ausgebaut werden. Der junge Mensch muß die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennenlernen. Unsere Wirtschaft gestaltet sich immer vielseitiger. Wollen wir als Arbeiter im Wirtschaftsganze mitreden, so ist es notwendig, daß wir etwas von der Wirtschaft verstehen. Auch diese Kenntnisse über die Wirtschaft müssen wir in unseren Zusammenkünften den jungen Leuten beizubringen versuchen. Gewiß wird diese Arbeit nicht leicht sein. Der bessergerüstete Bürger kann sein Kind die höhere Schule oder gar die Universtität besuchen lassen. Diesen Kindern ist viel leichter die Möglichkeit gegeben, sich im Leben zu

behaupten, als den Kindern des Arbeiterstandes. Wir müssen bestrebt sein, durch Selbstunterricht vorwärts zu kommen. Hierzu beizutragen ist einer Berufsorganisation sehr gut möglich. Sie kann Wegweiser und Berater werden.

Eine weitere Aufgabe, die eigentlich nicht an letzter Stelle steht, ist die Heranbildung unserer Jugend zu christlichen Gewerkschaftlern. Wir Alten sind davon überzeugt, daß nur auf dem Boden des Christentums eine gedeihliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft möglich ist. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß durch Klassenkampf und Klassenhaß die Verhältnisse zu bessern sind, sondern nur auf dem Boden der Gemeinschaftsarbeit. Diese Gemeinschaftsarbeit im Geiste des Christentums muß von frühesten Jugend auf in den jungen Menschen hineingepflanzt werden, wenn er das vollenden soll, was die Alten eingeleitet haben.

Diese kurzen Darlegungen zeigen ganz klar, wie notwendig es ist, der jungen Generation mehr Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden. Wichtig bei dieser Arbeit ist, daß sich ältere Kollegen finden, die viel Liebe zur Sache mitbringen und es verstehen, der Jugend die an sich trodene Gewerkschaftsbewegung schmackhaft zu machen. Auf jeden Fall muß einmal energisch versucht werden, das zu leisten, was uns zu leisten möglich ist, und bei allseitigem guten Willen kann sehr viel geleistet werden. Darum, Hände ans Werk!

H. Leuninger.

### Aus der Bayerischen Baugewerkschaftsberufsgenossenschaft

II (Schluß.)

Für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften waren 18 technische Aufsichtsbeamte tätig. Alle revisionsbedürftigen Betriebe wurden einmal, zum großen Teil wiederholt kontrolliert. Insgesamt wurden 16619 Betriebsbesichtigungen vorgenommen. Auf den Besichtigungsstellen waren 5614 versicherte Personen beschäftigt. Aus den Erfahrungen der Beamten sind folgende Darlegungen bemerkenswert: „Die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften war in den größeren Städten, wo für die Ueberwachung der Baustellen in der Regel eigene Beamte vorhanden sind, im allgemeinen gut. Auf dem Lande zeigte sich insbesondere bei den Eigenbauten eine wesentlich schlechtere Durchführung des Unfallsschutzes...“

Bei den Revisionen wurden Verstöße gegen die allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften 8768, gegen die besonderen Unfallverhütungsvorschriften 1951, im ganzen 10719 festgestellt.

Unter den Verstößen gegen die allgemeinen Unfallverhütungsvorschriften sind insbesondere nennenswert:

Nichtbenützung und Beseitigung von Schutzgeräten	94
Zugang und Abperung der Arbeitsplätze	110
Abwehren von Gegenständen	43
Offene Koks- und Kohlenfeuer	20
Verbandslösen und Hilfeleistung	259
Rüstungen	1759
Schuldbelag	256
Leitern und Leitergänge	471
Brunnenbau, Gräber- u. Kanalbauten	62
Fabrikhoerpeine	13
Erdarbeiten	251
Lagerung u. Transport von Materialien	22

Bei den Verstößen gegen die besonderen Vorschriften treten hervor:

Schlag bei Bedienung von Kraftmaschinen	95
Elektrischen Antrieb, Motoren	10
Triebwerken, Belenklungen	406
Allgemeinen Arbeitsmaschinen	212
Kranarbeiten	408
Bandhagen	97
Sägen, Hobel-, Spand- und Reilmaschinen	34
Abriht- und Hobelmaschinen	197
Grütmaschinen	177
Schneidmaschinen u. Schleifstein	108

Ueber die Mitarbeit der Betriebsvertretungen sagt der Bericht u. a. nachstehendes: ... Soweit Betriebsvertretungen vorhanden waren

— was in der Regel nur bei größeren städtischen Betriebsunternehmungen der Fall war — wurden sie ebenfalls zugezogen oder über das Ergebnis unterrichtet. Ihr Einfluß auf dem Gebiete der Unfallverhütung ist weniger in Erscheinung getreten, was bei dem häufigen Wechsel der Versicherten gerade im Baubetrieb verständlich ist. Außerdem waren für die Wahl zur Betriebsvertretung in erster Linie wirtschaftliche Gesichtspunkte, weniger die fachliche Eignung für die Unfallverhütung maßgebend. In ortsfesten Betrieben mit geringem Wechsel der Versicherten waren Betriebsvertretungen auch auf dem Gebiet der Unfallverhütung mit Erfolg tätig.

„Die Beschäftigung jugendlicher und vereinzelt auch weiblicher Arbeiter wurde in sieben Fällen festgestellt.“

„Die ländliche Ansitze der Zuziehung von schulpflichtigen Kindern und weiblichen Personen bei Dacharbeiten bestand wie bisher weiter.“

Bei den Eigenbauunternehmungen wurden die Anordnungen auf Unfallsschutz nur gering beachtet. Für die Beschaffung von Einrichtungen des Unfallsschutzes hatten besonders die ländlichen Unternehmer, die nur einmal bauen, häufig kein Verständnis und deshalb auch keine Mittel hierfür vorgesehen.

Ueber die geistige Einstellung der Versicherten zu den Unfallverhütungsmaßnahmen wird folgendes Urteil abgegeben: „Das Verhalten der Versicherten zu den Schutzmaßnahmen war sehr verschieden. Im allgemeinen war bei den Arbeitern der städtischen Betriebe mehr Verständnis anzutreffen als bei den Bauarbeitern auf dem Lande. Das Selbstverantwortungsgefühl von vielen Versicherten war nicht in dem wünschenswerten Maße vorhanden. Besonders sind die auf Dächern und anderen ausgelegten Stellen tätigen Arbeiter aufgefallen, die trotz der Bereitstellung von Schutzmaßnahmen die Schutzvorrichtungen vielfach nicht benützen. In gleicher Weise waren viele Maschinenarbeiter zu beanstanden, die sich an die Benützung von Schutzvorrichtungen nicht gewöhnen wollten.“

In Bild und Schrift werden zweckmäßige Einrichtungen für Türme, ein fahrbarer Portal Kran aus Holz, Zwangsverchlüsse an Fahrstühlen zur Nachahmung empfohlen. Bemerkt wird des Weiteren auf neuartige Bremsen bei Lastkraftwagenzügen, auf neue Leiterführungen an Dachrinnen, Schutzvorrichtungen gegen das Abfliegen von Hämmern, Beilen aus den Stielen, Neuerungen im Leitergerüstbau, Ueberlaufschuttbau bei Teeresseln, Abflusvorrichtung an Bremsberganlagen für Steinbrüche, Bauausrottungsverfahren usw.

Bei den Mitgliedern der Berufsberufsgenossenschaften wurden in 589 Fällen zu niedrig angegebene Lohnsummen nachgewiesen. Schlimmer stand das Verhältnis bei den sogenannten Eigenbaubetrieben. Unvollständige und unrichtige Nachweise wurden hier 241 festgestellt. Für 8673 Eigenbauten waren Nachweise überhaupt nicht eingereicht. In 208 Fällen wurden für diese Unterlassungen Geldstrafen verhängt. In 729 Fällen wurde die Gewissenshärterung durch Auferlegung der Revisionskosten vorgenommen.

Bestrafungen wegen Nichtbefolgung der Unfallverhütungsvorschriften wurden vorgenommen:

Unternehmer in 514 Fällen, dazu 297 Verwarnungen; Stellvertreter der Unternehmer in 72 Fällen; Versicherte in 29 Fällen, dazu 1 Verwarnung.

Das Gemeinschaftsmotto der Arbeitgeber, der Arbeiter und der Berufsberufsgenossenschaften muß sein: Unfallverhüten ist besser wie Unfallvergüten! H. Gagemeyer.

### Die passive Handelsbilanz

Seit der Belebung der Wirtschaftskonjunktur im vergangenen Jahr ist die Passivität der deutschen Handelsbilanz in dauerndem Steigen begriffen. Der Einfuhrüberschuß erreichte in den ersten fünf Monaten des Jahres 1,3 Milliarden Mark. Ueber die Beurteilung der Bedeutung der passiven Zahlungsbilanz gehen die Meinungen auseinander. Der Reichswirtschaftsminister Curtius hält sie in Anbetracht des Konjunkturaufschwungs und des Einströmens von Auslandskapitalien für natürlich und für unbedeutlich, während der Reichsernährungsminister Schiele, um für seine Getreidezölle Stimmung zu machen, diese Entwicklung als verhängnisvoll bezeichnet hat. Der Reichsbankpräsident Schacht scheint die passive Handelsbilanz als Folge einer „Konjunktur auf Borg“, d. h. einer mit Hilfe von Auslandsanleihen herbeigeführten Konjunktur, ebenfalls für gefährlich zu halten. Wie soll man nun die Passivität der Handelsbilanz beurteilen?

Zunächst sei hervorgehoben, daß der große Einfuhrüberschuß auf die außerordentlich erhöhte Getreideeinfuhr infolge der schlechten Ernte des Vorjahres zurückzuführen ist, außerdem auf die stark vermehrte Rohstoffeinfuhr, die in den ersten fünf Monaten nicht weniger als 274 Millionen Mark betrug. Diese Rohstoffe wurden zwar z. T. für den inneren Konsum verwendet, z. T. dienten sie aber

zu einer Lagerbildung, welche die künftige Rohstoffeinfuhr einzuschränken bzw. die Ausfuhr zu fördern geeignet ist. Des Weiteren verbietet die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß die deutsche Ausfuhr trotz guter Inlandskonjunktur nicht abnimmt, sondern in einer stetigen, wenn auch im Vergleich zur Einfuhr langsamen Zunahme begriffen ist. Was nun die Rolle der Auslandsanleihen anbelangt, so führen sie ohne Zweifel zu einer erheblichen Einfuhrsteigerung, weil aus ihrem Erlös Rohstoffe, Produktionsmittel und Lebensmittel eingeführt werden. Der kürzlich vorgebrachte Hinweis darauf, daß die Einfuhrsteigerung als Folge der Auslandsanleihen keine normale Sache sei, weil ja die Länder mit Kapitaleinfuhr (Rußland, Rumänien, Indien, und auch die Vereinigten Staaten, die vor dem Krieg noch ein Kapitaleinfuhrland waren), vor dem Krieg sämtlich eine aktive Handelsbilanz hatten, besteht zu Recht. Er zeigt aber nur, daß die deutsche Wirtschaft sich gegenwärtig in einem Stadium des Ueberganges befindet. Wenn das Ausland Anleihen gibt, und zwar in der Erwartung, daß diese auch verzinst und zurückgezahlt werden, so geschieht das in der Annahme, daß die Wirtschaftsstruktur des Schuldnerlandes sich mit der Zeit ändern wird, d. h. daß es aus einem Land mit passiver Zahlungsbilanz zu einem mit aktiver werden wird. Dazu gehört aber Zeit. Deutschland muß zunächst seine Wirtschaft mit Hilfe von Auslandsanleihen in die Höhe bringen, um später eine dauernd aktive Zahlungsbilanz zu haben. Der Hinweis darauf, daß dies schon jetzt der Fall sein müsse, weil die Rationalisierung der Produktion bereits vollendet sei und wir deren Früchte in Form einer aktiven Zahlungsbilanz daher bereits genießen müßten, ist nicht ganz stichhaltig. Abgesehen davon, daß auch für Rationalisierungszwecke Kapitalien noch vielfach erforderlich sind, bedeutete die Rationalisierung die Freisetzung von Arbeitskräften und eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Der Bedarf der großen Massen der Arbeitnehmer an Bekleidungsartikeln usw. wurde länger als ein Jahr zurückgestellt und kann erst jetzt mehr oder weniger befriedigt werden. Auch wurden für den Wohnungsbau nicht die notwendigen Kapitalien verwendet. Die Befriedigung dieses zurückgestellten, jedoch unbedingt nötigen Verbrauchsbedarfs muß sich jetzt in Form eines Einfuhrüberschusses geltend machen.

Die steigende Passivität der Handelsbilanz zeigt — so wurde behauptet —, daß wir gegenwärtig über unsere Verhältnisse leben. Was soll nur dieses verhängliche Schlagwort bedeuten? Es kann nur bedeuten, entweder daß die Produktionsanlagen übermäßig erweitert werden oder aber daß der Verbrauch infolge von hohen Löhnen, Soziallasten, Beamtengehältern usw. zu hoch ist. Was das erstere anbelangt, so mag die Rationalisierung vielfach in einem zu raschen Tempo vorgenommen worden sein — ein Grund für die große Arbeitslosigkeit. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, daß sich daraus auf die Dauer eine Verschlechterung der Handelsbilanz ergeben müßte, vielmehr ist davon deren Verbesserung zu erwarten. Zudem wird in letzter Zeit der Ausbau des Produktionsapparates in erster Linie von Industriezweigen vorgenommen, die die Erweiterung aus eigenen Mitteln, d. h. mit Hilfe ihrer übermäßigen Gewinne, nicht aber aus Auslandsanleihen vornehmen, wie der Ausbau der Kokereien durch die Schwerindustrie oder die großen Arbeiten des Farbentrußs und der Reichsbahn. Mit dem Wohnungsbau sind wir aber derart zurückgeblieben, daß die Volksgesundheit schwer darunter gelitten hat. Daß aber die deutschen Löhne und Gehälter nach den großen Entbehrungen der Inflations- und Krisenzeit übermäßig hoch seien, wird kein Vernünftiger behaupten können.

Somit müssen wir die Passivität der Handelsbilanz in der gegenwärtigen Periode als eine natürliche und unvermeidliche Erscheinung ansehen. Es wäre (allerdings verhängnisvoll, wenn hierin eine neue Wirtschaftskrise, welche den inneren Bedarf und daher auch die Einfuhr droffeln und die Ausfuhr gewaltig steigern müßte, Wandel schaffen würde. Zu einer solchen Krise wird es aber kommen, wenn es nicht gelingt, das inländische Preisniveau zu senken, bzw. seinem Steigen Einhalt zu gebieten, weil dann ein neues Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch entstehen muß. Die Verbesserung der Handelsbilanz braucht aber weder durch eine Krise des Inlandsmarktes erkaufte zu werden, noch durch eine Drosselung der Einfuhr, sondern sie kann durch die Steigerung der Ausfuhr erreicht werden. Dies ist zum Teil eine weltwirtschaftliche Frage und hängt davon ab, wie sich die Kaufkraft im Ausland entwickelt, ob vernünftige Handelsverträge zustande kommen und ob der für die deutsche Wirtschaft verlustbringenden Schleuderausfuhr ein Ende bereitet werden kann. Was wir brauchen, ist eine Ausfuhr, die sich auf der Grundlage eines breiten inneren Absatzes vollzieht, nicht aber auf der krankhaften Basis einer Wirtschaftskrise; dazu ist aber eine veränderte Preispolitik der Unternehmer die wichtigste Vorbedingung.

# Deutsche Wirtschaftszahlen

## Der deutsche Baumarkt:

Die Zahl der Bauvollendungen betrug in 92 Groß- und Mittelstädten von über 50 000 Einwohnern:

	Januar	Februar	März	April	Mai
Gebäude insgesamt	2353	1880	2587	2022	2177
Wohngebäude	1886	1483	2094	1658	1811
Wohngebäude	6925	5985	7672	7341	6405

Die Baukosten erfuhren eine fortdauernde Steigerung. Der Baustoffindex und der Gesamtbauindex zeigen den folgenden Verlauf:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	15. Juli
Baustoffindex	149.7	151.0	155.1	154.7	160.1	160.8	160.6
Bauindex	165.2	166.7	168.1	170.0	175.1	174.9	175.1

Die Bauarbeiterlöhne<sup>1)</sup> holten im April auch etwas auf. Der Maurer- und Zimmererstundenlohn stieg von durchschnittlich 1,15 M. auf 1,21 M., und der Bauhilfsarbeiterstundenlohn von 0,93 auf 0,99 M. Der Wochenlohn stieg für Maurer und Zimmerer von 55,05 M. auf 57,88 M. und für Bauhilfsarbeiter von 44,62 auf 47,24 M. Nehmen wir den Lebenshaltungsindex als Grundlage, so betrug der Reallohn jedoch nur:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
für Maurer u. Zimmerer	38.06	37.85	37.98	38.75	39.51	39.19
für Bauhilfsarbeiter	30.86	30.69	30.79	31.54	32.27	31.99

oder in Indexzahlen (1913 = 100) ausgedrückt:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
für Maurer u. Zimmerer	100.5	99.9	100.3	102.3	104.3	103.5
für Bauhilfsarbeiter	103.7	102.1	103.5	106.0	108.4	107.5

Der Lebenshaltungsindex ist allerdings kein sicherer Bewertungsmaßstab, da er nur eine Durchschnittsziffer ist und die verbrauchten Mengen nicht in Erscheinung treten läßt. In Wirklichkeit hat der Reallohn zweifellos die Friedenslohnhöhe nicht erreicht.

## Rohstoffförderung:

	Januar	Februar	März	April	Mai
Steinkohlenförderung	13 356	12 743	14 046	11 794	12 297
Braunkohlenförderung	12 465	12 036	12 976	11 386	12 011
Rohstahlförderung	2 675	2 530	2 695	2 481	2 635
Goldbestände	1 447	1 361	1 700	1 863	1 760

## Rohstahl- und Hohlblechzeugung:

	Januar	Februar	März	April	Mai
Rohstahl (in 1000 t)	1061	969	1986	1052	1130
Hohlblech (in 1000 t)	1309	1234	1416	1288	1378

Die arbeitstägl. Leistung stieg im April trotz der absoluten Abnahme der Produktion bei Rohstahl um 34 Tennen, im Mai um 1388 Tennen, bei Hohlblech um 1250 bzw. 1409 Tennen.

<sup>1)</sup> Gemogener Durchschnitt aus den im Berichtsmontat gültigen Tariflohnätzen für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe in den Hauptzweigen der einzelnen Gewerbebezüge.

## Der deutsche Außenhandel:

	Einfuhr	Ausfuhr
Januar	1153.2 Mill. RM.	800.0 Mill. RM.
Februar	1122.6 " "	757.3 " "
März	1119.9 " "	843.0 " "
April	1103.8 " "	798.4 " "
Mai	1178.7 " "	835.2 " "
Juni	1201.7 " "	749.6 " "

## Die Sparanlagen Deutschlands

	Ende 1913	Januar 1927
Ende 1913	19 689.0 Mill. Mark.	
Januar 1927	3 381.1 Mill. RM.	
Februar	3 572.8 " "	
März	3 718.8 " "	
April	3 854.0 " "	
Mai	3 908.3 " "	

## Kursniveau der Aktien:

(Durchschnitt von 241 Aktien):

Januar	161.81
Februar	173.50
März	168.10
April	178.02
Mai	169.82
Juni	154.71

## Der Großhandelsindex:

	Agrarische Rohstoffe	Industrielle Rohstoffe u. Halbwaren	Industrielle Fertigwaren	Gesamtlndex
Januar	140.3	128.8	141.6	135.9
Februar	139.1	129.3	141.6	135.6
März	136.0	130.3	142.0	135.0
April	135.2	129.9	143.0	134.8
Mai	139.3	131.2	144.3	137.1
Juni	139.5	131.9	146.3	137.9

## Der Lebenshaltungsindex:

	Gesamt-lebenshaltung	Ernäh-rung	Wohnung	Erziehung u. Beleuchtung	Bekleidung	Sonstiger Bedarf
Januar	144.6	150.7	104.9	144.7	156.7	182.4
Februar	145.4	152.3	104.9	144.5	156.4	182.0
März	144.9	151.2	104.9	144.6	156.4	182.2
April	146.4	150.3	115.1	143.1	155.9	182.9
Mai	146.5	150.8	115.1	140.6	155.7	183.2
Juni	147.7	152.8	115.1	140.4	156.4	183.3

## Die deutsche Arbeitslosigkeit:

### Hauptunterstützungsempfänger:

1. Januar	1 745 539	15. April	983 448
15. Januar	1 833 967	1. Mai	870 453
1. Februar	1 825 931	15. Mai	746 237
15. Februar	1 761 000	1. Juni	648 432
1. März	1 696 000	15. Juni	598 331
15. März	1 433 305	1. Juli	541 000
1. April	1 121 150	15. Juli	493 000

### Krisenunterstützte:

15. Januar	138 164	15. Mai	226 011
15. Februar	192 801	15. Juni	208 619
15. März	223 357	15. Juli	181 000
15. April	234 104		

(Aus „Wirtschaft und Statistik“.)

Um wieviel die deutschen Stahlpreise für Halbzeug über den Weltmarktpreisen stehen, darüber orientiert uns regelmäßig die Aufstellung der deutschen Rohstahlgemeinschaft selbst zum Zwecke der Berechnung der an die verarbeitende Industrie gemährten Exportvergütungen. Die Junipreise für Rohblöcke stehen um 35-40 Prozent höher als die Weltmarktpreise, für Draht um etwa 22 Prozent, für Barren um fast 50 Prozent, für Platten um 22 Prozent usw. Was die Getreidepreise anbelangt, so soll hier für den Unterschied zwischen den deutschen und den Weltmarktpreisen folgende Stelle aus dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung angeführt werden (S. 39): „Bemerkenswert ist der Unterschied der Roggen- und Weizenpreise in New York. Seit August 1926 liegen im Gegensatz zum Wirtschaftsjahr 1925 die Berliner Preise, und vor allem die des Roggens, weit über den New Yorker Notierungen.“

## Auslandsgelder für den Wohnungsbau

Vom Reichsrat und vom Reichstag ist kürzlich die Steuerbefreiung von Auslandsanleihen im Betrage von 100 Millionen Goldmark für Zwecke des Wohnungsbaues genehmigt worden. Damit scheint endlich der Standpunkt aufgegeben worden zu sein, daß der Wohnungsbau nicht produktiv sei. Das Auslandsgeld soll ausschließlich Verwendung finden zur Fortführung bereits begonnener Bauten und Fertigstellung eingeleiteter Bauvorhaben. So wird vor der Hand die größte Gefahr überwunden sein, daß die Bauertätigkeit infolge der Stagnation unseres eigenen Kapitalmarktes zum Erliegen kommt.

Nach dem Verteilungsplan sollen zugeteilt erhalten:

Deutsche Wohnstättenhypothekendarlehenbank	10 Mill. Gm.
Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehenbanken	15 " "
Bayerische Vereinsbank	12 " "
Rheinische Hypothekendarlehenbank	4 " "
Württembergische Hypothekendarlehenbank	4 " "
Sächsische Bodenkreditanstalt	5 " "
Braunschweigische Landespfandbriefanstalt	12 " "
Preussische Zentralstadtkasse	10 " "
Landesbankenzentrale N.-G.	20 " "
Hamburger Baukassa N.-G.	4 " "
Hessische Landesbank (Staatsbank)	4 " "

Die Deutsche Landesbankzentrale hat bereits einen Vertrag betreffend die Uebernahme einer 6prozentigen Auslandsanleihe in Höhe von 5 Millionen Dollar mit dem amerikanischen Bankhause Lee, Higginson und Co., Boston und New York, durch deren Londoner Haus Higginson & Co. abgeschlossen. Die Anleihe wird von dem amerikanischen Bankhause zu einem Kurs von 91 1/2 Prozent übernommen und im Laufe der nächsten Woche in New York öffentlich aufgelegt werden. Der Erlös der Anleihe wird von der Landesbankzentrale an folgende ihr angeschlossene Institute weitergeleitet: Thüringische Staatsbank, Hessische Staatsbank, Staatliche Kreditanstalt Oldenburg, Braunschweigische Staatsbank, Sippische Landesbank, Landesbank der Rheinprovinz, Landesbank der Provinz Schleswig-Holstein, Landesbank der Provinz Westfalen, Provinzialbank Oberschlesien und Kreditbank jählicher Gemeinden. Diese Kreditanstalten gewähren aus den Mitteln der Anleihe ersitzliche, in Reichsmark mit Feingoldklausel einzutragende Hypotheken, Darlehen auf Wohnungsneubauten innerhalb einer Beleihungsgrenze von 40 Prozent des Bau- und Bodenwertes. Die Auszahlung der Darlehen an die letzten Geldnehmer erfolgt zu einem Kurse von 90 Prozent. Der jährliche Verwaltungszuschlag beträgt 1/2 Prozent, so daß die letzten Darlehensnehmer unter Berücksichtigung des Disagios einschließlich des Verwaltungskostenzuschlages mit einem Effektivzinsfuß von rund 7 1/2 Prozent belastet sind.

## Allgemeine Rundschau

### Matthias Ullinger †

Unerwartet traf am 20. Juli beim Sekretariat des F. B. C. G. die Todesnachricht von Matthias Ullinger ein.

Als Generalsekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Österreichs hat er auf schwierigem Posten Hervorragendes geleistet, um die christlichen Gewerkschaften über die schwersten Zeiten hinwegzubringen und sie trotz der Angriffe einer überwältigenden Mehrheit zur Entwicklung zu bringen.

Sein Leben und seine Arbeit werden bei den christlichen Gewerkschaftlern Österreichs und bei ihren Kollegen in den anderen Ländern in treuer Erinnerung bleiben.

Gott möge ihm den Lohn für sein Lebenswerk geben und der Bewegung die Kraft verleihen, diesen großen Verlust wettzumachen.

### Anteil der Löhne an den Baukosten

Die „Bauwelt“ (Heft 30/1927) zeigt an Hand einer sehr interessanten Kurve das Verhältnis von Löhnen, Baustoffpreisen, Baukosten und kommt zu dem Ergebnis, daß die Löhne nicht der preissteigernde Faktor sind. Sie schreibt sogar: „Die Baukosten könnten an sich einen viel stärkeren Anstieg der Löhne übertragen und dabei selbst noch sinken, wenn es gelang, eine Leistungssteigerung mit einer Lohn-erhöhung zu verbinden, ein Ziel, von dem beide Teile Vorteile hätten, das nämlich den Bauarbeitern höhere Tariflöhne und der Allgemeinheit billigere Bauten bringt.“ Wir stimmen damit durchaus überein und möchten nur wünschen, daß diese Erkenntnis bei allen Unternehmern Eingang fände. Es scheint uns aber, daß schon eine weitgehende Steigerung der Produktivität gegenüber der Vorkriegszeit erreicht ist: denn wie wäre es sonst zu erklären, daß bei der ungefähr auf gleicher Höhe liegenden prozentualen Steigerung der Baustoffpreise und der Bauarbeiterlöhne der Anteil der Löhne an den Baukosten ganz erheblich gesunken ist, rechnet man doch heute nur

noch etwa mit 35 Prozent Lohnanteil gegenüber 65 Prozent der Vorkriegszeit. Wir würden es begrüßen, wenn aus diesem Tatbestand schon heute die Konsequenzen gezogen würden.

### Deutsche Preise und Weltmarktpreise

Der Ueberhöhung der deutschen Inlandspreise für wichtige Waren im Vergleich zu den Weltmarktpreisen wird im Ausland steigende Aufmerksamkeit geschenkt. Der „Manchester Guardian Commercial“ vergleicht die deutschen Preise für Textilstoffe mit den Weltmarktpreisen und kommt zu dem Schluß, daß

### Am 6. August 1927 ist der zweiunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

die deutschen Preise bedeutend über den Weltmarktpreisen stehen. Die auf der Stuttgarter Textilbörse gezeichneten Preise für Kreton der mittleren Sorte stehen um 1 am Cent pro Meter über der durch die gegenwärtigen Rohstoffpreise bedingten Höhe. Dieselbe Baumwollware, die von der tschechloslowakischen Industrie, die deutschen Zölle eingerechnet, für 12 1/2 Cent verkauft wird, kostet in Deutschland 13 1/2 Cent. Die elsässische Textilindustrie verkauft in Deutschland dieselbe Ware, wofür die Stuttgarter Notierungen 11-11 1/2 Cent betragen, mit nur 7,6 Cent, d. h. die deutsche Ware ist trotz eines Zolls von 9 Pf. pro Meter um 50 Prozent teurer. Die englische Zeitschrift gibt ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die deutsche Textilindustrie, obwohl sie trotz der hohen Zölle gut beschäftigt ist, es noch für nötig findet, mit Zollwünschen hervorzutreten, bzw. die Erhöhung der geltenden Textilzölle zu beantragen. Ein Vergleich der Rohstoffpreise im „Economist“ zeigt, daß die deutschen Rohstoffpreise sehr erheblich über den englischen stehen. Dieselbe Sorte Feinfeinwolle kostet in Reichsmark:

	englische	deutsche
in Hamburg	19,30	25,07
Berlin	22,80	27,67
Stuttgart	26,40	27,47

## Tarifbewegung

### Wie die Unternehmer die tarifliche Abmachungen wirkungslos machen

In Gildesheim trübten sich die Unternehmer schon immer sehr stark dagegen, daß die Lehrlingsentschädigung für die Lehrlinge tariflich geregelt wurde. Schon in der Tarifperiode 1922/24 umgingen sie die Lehrlingsentschädigung, wo sie es nur konnten.

Jetzt beschreiten sie folgenden Weg: Die Eltern oder Vormünder der Lehrlinge mußten früher für die ganze Lehrzeit 35 M. Lehrgeld zahlen, jetzt fordern die Meister nachträglich pro Jahr 100 M. Wie sie es begründen, zeigt folgende Mitteilung, die den Eltern eines Lehrlings zugeht:

Gildesheim, den 15. 7. 1927.

In Herrn M. R.

„Nachdem laut Entschädigung des Haupttariffamtes in Berlin nunmehr alle Lehrlinge die tariflich festgesetzte Beihilfe erhalten müssen, sind die dadurch für die Zukunft mit dem Arbeitgeber abgeschlossenen Lehrverträge ungültig geworden. Ich ersuche Sie deshalb um Ihren Besuch zwecks Abschluß eines neuen Lehrvertrages.“

Die tariflich festgesetzten Entschädigungen für die Lehrlinge sind:

im 1. Lehrjahr	0,20 Mt. pro Stunde
" 2. "	1. Hälfte 0,24 " " "
" 3. "	2. " 0,29 " " "
" 4. "	1. " 0,35 " " "
" 5. "	2. " 0,49 " " "

Da die Jungen in ihrer Lehrzeit diese Summen nicht verdienen können, sondern noch nicht einmal die seitens der Firma bis jetzt bezahlten Löhne, so setze ich die Entschädigung für die Lehrzeit für den Arbeitgeber unter Berücksichtigung der obigen Löhne

(statt 30 M.) auf 100 M. pro Jahr fest, welche Summe ich in wöchentlichen Raten abziehen werde. Sollten Sie hiermit nicht Einverstanden sein, so ersuche ich Sie, sich für Ihren Sohn nach einer anderen Lehrstelle umzusehen."

Hochachtungsvoll  
gez. H. Döring, Baugeschäft.

In diesem Fall wird allerdings das Arbeitsgericht noch ein Wort mitzusprechen haben. Das Lehrverhältnis kann gemäß § 127b der Gewerbeordnung vom Lehrherrn nach Ablauf der vierwöchigen Probezeit nur dann gelöst werden, wenn nach § 123 der Gewerbeordnung ein Grund zur fristlosen Kündigung vorliegt. Der Abschluß des Reichstatarifvertrages hebt die Gültigkeit des Lehrvertrages nicht auf, sondern der Lehrvertrag erfährt nur insofern eine Abänderung, als die Bestimmungen des Tarifvertrages in diesen übergehen. So wird sich auch für die Erhöhung des Lehrgeldes kaum eine rechtliche Grundlage finden lassen.

**Steinw.** Bekanntlich spielen sich die „freien“ Gewerkschaften immer sehr aufdringlich als die berufsmäßigen Vertreter und Beschützer des Achtstundentages auf. Bei der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes glaubten sie sich als solche besonders hervortun zu müssen. In der Praxis sieht es, besonders bei uns im Industriegebiet, aber ganz anders aus. Wir haben festgestellt, daß freigewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter fleißig Stunden und darüber in der Woche gearbeitet haben und noch arbeiten. Sie haben dabei auch nicht den im Bezirkstarif festgelegten Zuschlag für Überstunden verlangt. Ist denn eine solche Handlungsweise mit dem sonstigen, teilweise recht überheblichen Gebaren gewisser Leute in Einklang zu bringen? Sieht denn die örtliche Führung davon nichts, oder geschieht dies unter wohlwollender Duldung derselben?

Die „freien“ Gewerkschaften wollen ja im Herbst eine Statistik über die Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes aufmachen. Soll etwa auf diese Weise Material in ihrem Sinne dafür geschaffen werden?

Wir richten an unsere Mitglieder die Aufforderung, die 8-Stundenwoche innezuhalten. Ebenso ersuchen wir die Kollegen, die tarifmäßig festgelegten Zuschläge stets zu verlangen.

Bei einem Unternehmer, der am Freitag arbeiten ließ und nicht den tariflich vorgesehenen Zuschlag von 30 Prozent zahlte, mußten wir erst die Tarifbestimmung durchsetzen.

Kollegen,orgt für weitere Stärkung unseres Verbandes!

Das sind Fragen, deren Beachtung manches Unglück in dieser Branche verhüten könnte.

Schuld ist auch die übermäßig lange Arbeitszeit, die in Verbindung mit diesem Freisystem der Arbeit die Arbeiter so ermüdet, daß sie nicht mehr darüber nachdenken können, was zu ihrer eigenen Sicherheit notwendig ist. 10 und mehr Stunden werden gemacht, die dann immer mit technischen Notwendigkeiten begründet werden. Hier müßte man Mittel und Wege finden, daß dieser schrankenlosen Ausnützung der Arbeitszeit im Betrugewerbe ein Ziel gesetzt würde.

Solche Zustände wären nicht möglich, wenn die Arbeiter der großen Betonfirmen durchweg organisiert wären. Aber es soll sogar manche Arbeiter geben, die sich darüber freuen, daß die lästigen Mahner der Verbände ihnen auf diese Arbeitsplätze nicht folgen können, weil ihnen die Schranken zu diesen Arbeitsplätzen verschlossen bleiben. Und doch ist die Kontrolle und die Mahnung der Organisation für solche Sachen immer wieder notwendig, nicht allein im Interesse des Verbandes, sondern in erheblich größerem Maße im Interesse der Kollegen selbst, damit Menschenleben nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Wo würde es wohl hinführen, wenn es keine Verbände und keine Arbeitervertretung mehr gäbe auf den Arbeitsplätzen? Wenn es überall so aussähe wie in diesem Falle bei der Firma Diehl? Würden sich nicht die Unfälle in erheblichem Maße mehren? Ist nicht auf jenen Plätzen, wo in vorbildlicher Weise die gesetzmäßigen Rechte der Arbeiter ausgeübt werden, in dieser Hinsicht bestens gesorgt? Dazu ist aber auch eine Arbeiterschaft notwendig, die durch ihr organisatorisches Verbundensein den Baudelegierten in seiner gewiß schweren Arbeit als ihren gesetzlich geschützten Vertreter und Vermittler in allen Fragen der Arbeit anerkennt und unterstützt.

Wenn diese wenigen Anregungen Beachtung finden und alle Bauarbeiter in diesem Sinne handeln, und wenn als Voraussetzung allen Schutzes erst alle Bauarbeiter organisiert wären, dann würden

solche Unfälle nicht so leicht vorkommen, und mancher Ernährer bliebe der Familie erhalten.

## Bücherchau

Die Kunst, alt zu werden und jung zu bleiben. Von Dr. Walter Birschte, Berlin. 2. Auflage. (5.—10. Tausend). 144 Seiten, Preis 1,50 M. Verlag der Deutschen Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft, Berlin-Schöneberg (Post-Friedenau), Hähnelstraße 15a.

Recht kurz vor seinem Hinscheiden hat der Verfasser die zweite Auflage seines weithin bekanntgewordenen sozialhygienischen Buches vollenden können. Er hat es wesentlich erweitert, namentlich durch die in der Gegenwart soviel erörterten biologischen (eugenischen) Fragen, die Alkoholfrage usw. Im Hinblick auf die unter des Verfassers engerer Mitwirkung errichtete Zentrale für Gesundheitsdienst der Lebensversicherung, der sich bis jetzt etwa 15 deutsche und ausländische Gesellschaften angeschlossen haben, hat die wichtige aufklärende Schrift noch erheblich an Bedeutung gewonnen, so daß sie jeder besitzen sollte, dem Gesundheit und innere Zufriedenheit das höchste irdische Glück sind.

## Bekanntmachungen

### Ortsgruppe Gelsenkirchen

Erneut ausgeschlossen wurde laut einstimmigem Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. Juli wegen Verstoßes gegen den § 18 des Statuts der Maurer Konrad Hohmann, Essener Straße 76. Der Vorstand. J. A. Deul.

### Verwaltungsstelle Hagen (Westf.)

Unser Verbandsbüro befindet sich ab 22. Juli nicht mehr im Wilhelmshof, Bahnhofstr. 19, sondern Körnerstr. 43. Geschäftsstunden an Wochentagen: Vormittags von 8 bis 12½ Uhr, nachmittags von 3½ bis 7½ Uhr. Mittwoch nachmittags ist das Büro geschlossen. Der Vorstand der Verwaltungsstelle Hagen. J. A. Josef Golthe.

## Aus der Technik unseres Faches

### Moderne Bauweisen im Hausbau

Von Dipl.-Ing. F. Kiehm.

VIII.

#### 2. Ueber amerikanische Wohnhäuser

Man hat in Amerika die Erfahrung gemacht, daß eine in der beschriebenen Weise ausgeführte Wand hält — und das genügt dem Amerikaner vollständig, er verzichtet auf „zeitraubende“ Festigkeitsberechnungen; und wenn ihm schon durch einen außerordentlichen Zufall sein Häuschen einstürzt oder abbrennt, so baut er es sich eben wieder neu auf; das Geld dazu bekommt er von der Versicherung ohne alle Schwierigkeiten ausbezahlt. Auch hier haben wir ein sehr einfaches Verfahren: Kostspielige Kommissionen zur Feststellung des Schadens kennt man nicht, und da die Versicherungssummen niedriger sind als bei uns — weil ja die Baukosten geringer sind —, so kommen verhältnismäßig wenig Betrügereien auf diesem Gebiete vor, und ein gewisser Prozentsatz von Verlusten wird ja von den Versicherungsgesellschaften von vornherein in die Prämien eingerechnet, genau so, wie z. B. auch unsere Warenhäuser immer mit einer bestimmten Anzahl von Diebstählen rechnen.

Die Innenwände des Hauses sind hoch. Das hat einerseits den Vorteil, daß sie den Schall nicht so gut leiten, wie massive Wände von geringer Stärke, und andererseits bedeutet es natürlich eine wesentliche Materialersparnis. Immerhin sind die Häuser in Amerika weit hellhöriger als bei uns, aber den Amerikanern macht das nicht so viel aus, denn es handelt sich ja höchstens um den Lärm der eigenen Kinder, weil man in seinem Eigenheim wohnt. Die Seismikstärke der Innenwände einschließend des Wohnraumes, der nebenbei zur Aufnahme der Gas- und Lichtleitungen dient, beträgt ungefähr 14 Zentimeter. Sämtliche Trichte sind in starken Röhren eingebettet; dadurch wird einerseits die Gefahr eines Brandes durch Kurzschluss ausgeschlossen, und andererseits sind die Trichte auf diese Weise gegen alle Beschädigungen gesichert.

Die Fenster (ausschließlich Schiebefenster) sind bei einfacheren Ausführungen sehr schwach und deshalb wenig dauerhaft. Für bessere Ausführungen verwendet man eiserne Fenster, die in den letzten Jahren durch Rostenherstellung von 200 Dollar auf 36 Dollar für ein Haus mit großen Fenstern heruntergegangen sind.

Die vorstehend beschriebenen Häuser stellen bis vor kurzer Zeit die in Amerika gebräuchlichste Ausführung dar. Nun sind aber in der letzten Zeit die Holzpreise infolge des Raubbaues, der in Amerika in den letzten Jahren mit dem Holz getrieben wurde, gestiegen, und man kann jetzt deshalb dort auch Stahlhäuser finden, für welche die Amerikaner ganz neuartige Konstruktionen ausgearbeitet haben.

Ueber die Art und Weise, wie man in den letzten Jahren den Holzreichtum Nordamerikas „ausgenutzt“ hat, möchte ich nur soviel sagen, daß heute durchschnittlich für vier geschlagene Bäume ein neuer nachwächst. Auf diese Weise ist der frühere Holzreichtum Nordamerikas bereits an die Hälfte seines ursprünglichen Bestandes zusammengekrumpft. Man wird also im Laufe der Zeit wohl die Herstellung der eben beschriebenen Holzhäuser einschränken, wenn

nicht ganz einstellen müssen. Die Bauweise hat sich indessen so eingebürgert, daß man auch die Stahlhäuser in ganz ähnlicher Weise herstellt, wie die Häuser mit hölzerner Tragerrippe.

Beim Weltere System z. B., das in New-York häufig angewandt wird, ersetzt man die hölzernen Ständer durch Walzeisen und verkleidet dieses Eisen gerüst mit dünnem Eisenblech, das auf der Außenseite gerippt ist, damit der Fuß besser haftet.

Ein ähnliches System findet beim Broderick-Stahlfachwerkhaus Verwendung. Hier stellt man verschiedene große Rahmen aus zusammengenieteten Winkelisen her. Diese Rahmen werden in einfachster Weise untereinander verschraubt und mit Platten aus Eisenblech verkleidet. Statt Eisenblech findet man auch andere Verkleidungen aus irgendeinem feuerfesten Material.

Bei der Konstruktion dieser Häuser geht der Amerikaner im Gegensatz zu den englischen und deutschen Systemen nicht darauf aus, einen einheitlichen Haustyp zu schaffen, sein Bestreben ist vielmehr, die einzelnen Teile zu vereinfachen, so daß sie nur in ganz bestimmten Regelmäßigkeiten hergestellt werden müssen. Diese Einzelteile werden dann von Baumaterialien-Händlern genau so verkauft wie die übrigen Baumaterialien, und der betreffende Bauherr hat den Vorteil, daß er ohne Hilfe von Baufachleuten sein Haus selbst aufstellen kann.

Der zuletzt erwähnte Gesichtspunkt, die Aus- führung der Bauarbeiten, spielt in Amerika eine sehr große Rolle, da dort die Löhne in diesem Fach verhältnismäßig hoch sind, — bis zu 80 Proz. über den Durchschnittslöhnen der anderen Gewerbe. Die amerikanischen Bauarbeitergewerkschaften stellen eben noch eine ganz andere Macht dar, als die deutschen Gewerkschaften, und man versucht deshalb, sich von dieser Macht zu befreien, so gut es eben geht.

Die Stahlhäuser weisen natürlich eine bedeutend größere Lebensdauer auf als Holzhäuser, und sind trotz aller Verbesserungen heute auch noch ziemlich so teuer wie diese. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich der Bau von Stahlhäusern nur verhältnismäßig langsam ausbreitet, und daß in erster Linie der bereits fühlbare Holz-mangel seine Einführung erzwingen hat. Der Amerikaner rechnet eben nicht wie der Deutsche mit einer Lebensdauer von mindestens 80—100 Jahren für ein Haus, sondern er begnügt sich mit einem solchen, das etwa 40—50 Jahre aushält, wenn er dabei auch nur ein Fünftel der Bauausgabe erspart; denn wenn er dieses Fünftel zweckmäßig anlegt, so kann er sich, bzw. seinen Kindern, damit bereits nach etwa 30—40 Jahren schon ein neues Haus bauen, und wenn die Verbesserung der Baumethoden anhält, sogar noch früher.

Wie weit die vorstehenden Ausführungen für die Verhältnisse in Deutschland anwendbar sind, das läßt sich natürlich nicht ohne weiteres sagen, aber die Grundzüge, die darin zum Ausdruck kommen, vor allem die Bevorzugung billiger Häuser (selbstverständlich nur soweit, als nicht die Billigkeit durch eine zu geringe Lebensdauer erkauft wird), sollte man sich doch auch bei uns überlegen, denn je billiger ein Haus kommt, um so mehr Gebäude können mit demselben Kapital erstellt werden, und um so mehr Volksgeworfen werden von dem Wohnungselend befreit und können auf diese Weise eine menschenwürdige Bevölkerung erhalten.

## Don den Arbeitsstellen

**Rechtshausen.** Zwei größere Bau- unglücke. Mittwoch, den 2. Juli d. J., kürzte am Neubau des Gymnasiums in Herten ein Teil der Bewandere ein, wobei zwei Arbeiter der ausführenden Firma, Allgemeine Bauunternehmung Gelsenkirchen A.-G., verunglückten. Während ein Arbeiter mit verhältnismäßig leichten Verletzungen davonkam, hat der andere schwerere Verletzungen erlitten. Daß nicht mehr Kollegen zu Schaden kamen, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß der heruntergestürzte Deckenteil gerade fertiggestellt war und die Arbeiter bis auf die zwei Verunglückten demselben verlassen hatten.

Das zweite Unglück ereignete sich Donnerstag, den 2. Juli d. J., auf der Zeche Ewald Forti. in Erkensdahl, wo die Firma Diehl-Essen einen Kohlen- sturz für die neue Kofereanlage ausführt. Beim Betonieren brach ein schwerer Unterzug in einer Höhe von 10 Metern zusammen, riß einen Pfeiler von ca. 35 Kubikmetern Beton mit und begrub einen Teil der Arbeiter unter sich. Hierbei sind zwei Arbeiter tödlich verunglückt und fünf schwer verletzt. Glücklicherweise kürzte der Pfeiler mit dem Unter- zug nach innen. Sonst wären noch sehr viel mehr Arbeiter von dem Unglück betroffen worden.

Es große technische Fehler gemacht sind oder wo sonst die Schuld an diesem Unglück liegt, das zu untersuchen, überlassen wir den Behörden. Aber un- abhängig von dem Ergebnis der Untersuchung kann heute schon folgendes gesagt werden:

Die unverantwortlich kurzen Fristen, in denen solche Arbeiten auf Verlangen der Auftraggeber, be- sonders der Industrie, angefertigt werden sollen, sind die erste Ursache. Es wird von oben getrieben und gedrückt, um die Arbeit in der vereinbarten Zeit fertigzustellen. So gewinnen eben die Arbeiter keine Zeit, die Arbeiten zu auszuführen, wie ihre Sicher- heit und Gesundheit es erfordern, und zweitens hat das Material keine Zeit, anzutrocknen, geschweige denn abzuheilen, so daß es dem ständig nachgeschobenen Druck nicht widerstehen kann und zu Fall geht. Es Menschenleben dabei auf dem Spiel stehen, dar- nach wird erst in zweiter Linie gefragt.

Eine andere Ursache ist die Folge der ersten. Durch die kurzen Fristen sieht man sich gezwungen, die Arbeit, besonders die Eiserhaltungsarbeit, in Afford zu vergeben und zwar zu den denkbar billigsten Löhnen, die sich Unorganisierte leicht anordnen lassen. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter nicht mehr gewissenhaft ausgeführt werden können, weil kaum bei den niedrigen Löhnen etwas verdient wird. In solchen Fällen wird beim Aufstellen der Stützen oft nicht die nötige Sorgfalt geübt, ins- besondere bezüglich der Festigkeit des Bodens oder sonstiger Unterlagen. Oder die Stützen sind nicht in genügender Stärke und Zahl vorhanden und an- gestellt. Oder sie sind nicht den Anforderungen ent- sprechend abgemessen und befestigt, so daß leicht eine Lockerung oder Verschiebung derselben möglich ist.